

Niederschrift

über die 16. Sitzung des

Sportausschusses

der Landeshauptstadt München

vom 02. März 2016

(öffentlich)

Vorsitz

i. V. StRin Zurek

Referent

StSchR Schweppe

ea. Stadtratsmitglieder

CSU:

Burkhardt, Grimm, Pfeiler,

Dr. Ohlhausen, Schmidbauer, Seidl;

SPD:

Abele, Dietl, Naz, Schönfeld-Knor,

Volk, Zurek;

Bündnis 90/Die Grünen/Rosa Liste:

Koller, Krieger, Dr. Roth;

Freiheitsrechte, Transparenz,

Bürgerbeteiligung:

Ranft;

Bürgerliche Mitte - FREIE WÄHLER/

BAYERNPARTEI:

Dr. Assal;

Ausschussgemeinschaft ÖDP/DIE LINKE:

Oraner;

ALFA:

Schmude;

ferner

Herr Scheifele, stellv. Referent, Herr Stein,

Frau Dr. Herrmann, Frau Moisl-Faas,

Herr Trautmannsberger, Herr Raab und weitere

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung;

Protokoll

Frei

Öffentliche Sitzung

Beginn: 14:42 Uhr

Vorsitz: i. V. StRin Zurek

Referent: StSchR Schweppe

Sportentwicklung in der Landeshauptstadt München

Anträge Nrn. 4712, 2088, 5777, 516 und 1464

Aktensammlung Seite 113

StRin Dietl erinnert an den im Jahr 2008 aufgelegten Sportentwicklungsplan und betont, die SPD lege großen Wert darauf, dass diese Aufgabe wahrgenommen werde, und begrüße die Einrichtung einer zusätzlichen Stelle. Es sei zu hoffen, dass ein kontinuierlicher Prozess entstehe und die Sportentwicklungsplanung ernst genommen werde. Die Wünsche und Vorstellungen sollten künftig aufbereitet und dem Stadtrat vorgelegt werden. StRin Dietl bedankt sich beim Referat und beim Sportamt für die geleistete Vorarbeit.

StR Schmidbauer erklärt, seine Fraktion schließe sich den Ausführungen von StRin Dietl an.

StRin Koller sieht einen Konsens in der Auffassung, dass Sport entwickelt werden müsse. Allerdings habe sie den Eindruck, dass die bisherigen Ergebnisse nicht sehr hilfreich gewesen seien, und gebe daher zu überlegen, ob es immer einer externen Begleitung bedürfe. Aus den Tabellen auf den Seiten 13 und 14 der Vorlage gehe hervor, dass viele Sportarten, z. B. Tennis, nicht mehr ausgeübt würden. Hingegen verzeichne der Fußball einen großen Zulauf. Ihre Fraktion lehne die Vorlage nicht ab, bitte aber um Aufschluss, warum die Stelle bereits ab 01.04.2016 eingerichtet werden dürfe und nicht erst im Sommer 2016.

Herr Scheifele verweist auf Ziffer 7 der Ergänzung vom 17.02.2016. Der Sportausschuss empfehle der Vollversammlung die Einrichtung von 1,0 VZÄ, befristet auf drei Jahre ab Stellenbesetzung. Die endgültige Beschlussfassung obliege der Vollversammlung des Stadtrats im Juli 2016.

Der Antrag des Referenten in der Fassung der Ergänzung vom 17.02.2016
wird **einstimmig beschlossen**.

Sportgemeinschaft Siemens München-Ost e. V.
Großinstandsetzung von 4 Wettkampfkegelbahnen
Förderung des Projekts nach den Sportförderrichtlinien der LHM

Aktensammlung Seite 117

Der Antrag des Referenten wird ohne Aussprache **einstimmig beschlossen.**

UEFA EURO 2020
Finanzierungs- und Personalbedarf der LHM
zur Ausrichtung eines Viertelfinalspiels und drei
Vorrundenspielen im Rahmen der Fußball-EM 2020 - Teil 1

UEFA EURO 2020: Host City Vertrag
ohne Geschäftsgrundlage!
Antrag Nr. 1520 von DIE LINKE. vom 11.11.2015

Aktensammlung Seite 119

StR Oraner unterstreicht, grundsätzlich zeige sich DIE LINKE. Sportgroßereignissen gegenüber aufgeschlossen. Indes stelle sich die Frage nach den Konditionen. Die in der Vorlage präsentierten Ausgaben summierten sich auf 11,5 Mio. €. Zu der Formulierung, die LHM trage die Kosten für die Umsetzung ihrer Verpflichtungen und hafte gegenüber der UEFA, weist StR Oraner darauf hin, bei jedem Vertrag bestehe die Möglichkeit der außerordentlichen Kündigung, wenn ein wichtiger Grund vorliege wie der Wegfall der Geschäftsgrundlage aufgrund des skurrilen Verhaltens der UEFA-Spitze. Kaum ein Tag vergehe, an dem nicht über Korruption und Bestechung im Umfeld der FIFA und der UEFA berichtet werde. Überdies gebe er zu bedenken, dass der Stadtrat zu Einsparungen an möglichst allen Stellen gehalten sei. DIE LINKE. lehne die Vorlage ab.

Juristisch möge es zutreffen, dass die Aussetzung eines Vertrags nicht zulässig sei. Warum man sich aber zwischen Vertragspartnern nicht auf ein Moratorium einigen können sollte, diese Frage beantworte die Vorlage nicht. Auch im normalen Geschäftsleben diene ein Moratorium dazu, Verhandlungen zu führen, um prüfen zu können, ob Vorwürfe Bestand hätten und ggf. zum Rücktritt oder zur Aushandlung eines neuen Vertrags berechtigten. Als eine der international angesehensten Städte könne es sich München nicht leisten, an diesem Vertrag festzuhalten, als wäre nichts geschehen. Die Option einer außerordentlichen Kündigung hätte zumindest geprüft werden können. Indes verdeutliche die Vorlage, an der Geschäftsgrundlage werde nicht gerüttelt, komme was wolle.

StR Schmidbauer entgegnet, wollte man jede Institution verwerfen, bei der einzelne Personen Recht brächen, gäbe es keine Institutionen mehr. StR Oraner verwechsle offenbar die FIFA mit der UEFA. Korrupte Personen müssten zur Rechenschaft gezogen werden. Dies könne aber nicht bedeuten, dass man die UEFA verteufle und sich an der Ausrichtung der Fußball-EM nicht beteilige. Im Übrigen ließe sich mit 11 Mio. € bestenfalls eine Werbekampagne innerhalb Deutschlands durchführen.

Für eine Frechheit halte er, dass das RBS eine halbe Stelle in den Schulbereich verschiebe, nachdem deutlich geworden sei, dass der Stadtrat nicht 3,5 Stellen, sondern nur 3 Stellen für den Sportbereich genehmige. Ein solches Vorgehen dürfe sich nicht wiederholen. Die CSU werde der Vorlage dennoch zustimmen.

StRin Koller moniert, die Vorlage greife den in der Sitzung am 18. Februar 2016 eingebrachten Ergänzungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen/RL nicht auf. Der Ausschuss habe eine Vorlage vertagt und nun zwei Vorlagen erhalten, was die Arbeit nicht erleichtere. Ihre Fraktion werde das Ganze kritisch begleiten, stimme aber dem Änderungsantrag von DIE LINKE. nicht zu, da die Stadt nicht einfach den Vertrag kündigen könne. Hingegen wäre es zu begrüßen, wenn die LHM die eine oder andere freiwillige Leistung nicht erbrächte. Beispielsweise sei eine intensive Werbung für München nicht erforderlich.

Bei der Besetzung der Juristenstelle am 01.09.2016 mit einem externen Bewerber werde es kaum möglich sein, innerhalb eines Monats ein Konzept zu erarbeiten und vorzulegen. Der Vorlage entnehme sie, dass sich die MVG gegen das Olympiagelände als Standort für das Fan-Festival ausspreche. Bei zeitgleichen Spielen in der Allianz Arena bestünden keine Kapazitäten zur Bedienung von Großveranstaltungen im Olympiagelände, weil die U3 und die U6 sich die Strecke ab Münchner Freiheit teilten. StRin Koller betont, bereits jetzt seien die U-Bahnen Richtung Norden brechend voll. Dieses Problem bedürfe einer Lösung, zumal die

Stadt bis zum Jahr 2020 noch wachsen und die Situation sich nicht entschärfen werde. Ihre Fraktion werde der Vorlage mangels Alternative zustimmen, sehe aber bei diesem Projekt immer mehr Schwierigkeiten.

StRin Zurek weist auf die Ergänzung der Vorlage vom 01.03.2016 hin.

StRin Dietl macht StR Schmidbauer darauf aufmerksam, das RBS habe den Stadtrat nicht umgehen wollen. Der Antrag auf Vertagung sei einstimmig gefasst worden. Aus den mit der UEFA geschlossenen Verträgen werde die Stadt nicht herauskommen. Daher solle der eingeschlagene Weg weiter beschritten werden. 3 Stellen halte die SPD für ausreichend. Im Ergänzungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen/RL begrüße sie die Intention, den Kriterienkatalog bei den Spielen der Fußball-EM anzuwenden. Allerdings sei nicht sicher, ob die "Kommunale Leitlinie inklusive Kriterienkatalog zum zukünftigen nachhaltigen Umgang mit Sportgroßereignissen" bis dahin vorliege und in der Kürze der Zeit umgesetzt werden könne. Die SPD lehne den Ergänzungsantrag ab, da sich nicht einschätzen lasse, welche Kosten bei Billigung des Ergänzungsantrags auf die Stadt zukäme. Durch die Beschlussfassung des Antrags des Referenten werde das Nötige getan, damit sich München gut präsentiere.

StR Ranft erklärt, auch die FTB unterstütze den Antrag des Referenten. Wollte die Stadt den Vertrag kündigen, würde sie sich schadensersatzpflichtig machen. Da das Ereignis weit über München hinaus strahlen werde, bedauere er, dass der Bund keine Unterstützung zugesagt habe. Er empfehle, beim Bund noch einmal nachzufragen.

Vermehrt stelle sich das Problem, dass Sportverbände erhebliche Forderungen an die Ausrichterstädte stellten, um solche Großereignisse durchzuführen. Daher ersuche er, über den Deutschen Städtetag einen Konsens zu finden; denn es gehe nicht an, dass die LHM zum einen eine Infrastruktur für solche Großereignisse zur Verfügung stelle und sich zum anderen auch noch mit massiven Forderungen konfrontiert sehe. Zum Teil handle es sich um Knebelverträge; den sich abzeichnenden Weg halte er langfristig nicht für gut.

StR Dr. Assal gibt bezüglich der angesprochenen 11,5 Mio. € Kosten zu bedenken, dass München rund um eine solche Großveranstaltung boome. Es würden riesige Summen umgesetzt, was sich auf die Gewerbesteuererinnahmen positiv auswirke.

Das Argument, die MVG könnte das Fahrgastaufkommen nicht schultern, wenn gleichzeitig auf dem Olympiagelände eine Veranstaltung stattfindet, greife nicht; denn auch bei Fußballspielen des FC Bayern komme dies vor, was seines Wissens nicht zu Problemen geführt

habe. Die U6 fahre in kurzen Abständen, am Abend sogar im 2-Minuten-Takt. Die U3 wäre nicht stark betroffen, anderenfalls bestünde die Möglichkeit, mit der Straßenbahn vom Hauptbahnhof zum Scheidplatz zu fahren und anschließend einen Shuttlebus zu nutzen.

StRin Krieger erinnert an den Konsens, Sportgroßveranstaltungen nach ökologischen Leitlinien zu veranstalten. Der Leitfaden für ökologische Großveranstaltungen lasse sich rasch an Sportgroßveranstaltungen anpassen. Insofern sehe sie keine Hindernisse und bedauere, wenn eine Sportgroßveranstaltung ohne Berücksichtigung des ökologischen Aspekts durchgeführt würde. Dem vorhandenen Grundsatzbeschluss sollte gefolgt werden. Es stelle sich die Frage, ob München eine Sportgroßveranstaltung als Werbung für die Stadt benötige. Das Bestreben, die Stadt noch attraktiver zu machen, könne dazu führen, dass immer noch mehr Menschen in die Stadt kämen und die Probleme zunähmen.

StR Dr. Assal vertritt die Auffassung, die weltweit bekannte Stadt München benötige keine Werbung. Insofern sollten die nicht notwendigen Werbekosten reduziert werden.

StR Schmidbauer stellt klar, der seitens der SPD in der letzten Sitzung des Sportausschusses geäußerte Wunsch nach Vertagung sei nicht begründet worden. Anderenfalls hätte die CSU Stellung bezogen.

StR Ranft fragt, ob es einen alternativen Standortvorschlag für das Fanprojekt gibt.

Herr Scheifele erinnert, ursprünglich habe das Referat die Vorlage für eine gemeinsame Sitzung des Bildungs- und des Sportausschusses vorbereitet, weil 3 Stellen für den Bereich des Sportamtes beantragt worden seien, außerdem eine halbe Stelle für einen Juristen. Die Situation habe sich schwierig gestaltet, als die Vorlage zur Abstimmung in die Referate gekommen sei. Im Rahmen der Abstimmung habe das KVR dringend darum gebeten, auch die 3 Stellen für die Branddirektion in die Beschlussfassung aufzunehmen und in die gemeinsame Sitzung des Bildungs- und des Sportausschusses einzubringen. Eine gemeinsame Sitzung mit dem KVA habe aus zeitlichen Gründen nicht anberaumt werden können.

Die Vertagung am 18.02.2016 habe nun die Möglichkeit eröffnet, zwei verschiedene Beschlussvorlagen zu unterbreiten. In der Sache seien die Beschlüsse gleich geblieben. Die gemeinsame Vorlage habe für den Sportausschuss und für den Bildungsausschuss aufgesplittet werden müssen, um das Hauptziel zu erreichen, nämlich eine Stellenbesetzung der Projektleitung und der Stellvertretung zum 01.09.2016.

Frau Moisl-Faas nimmt Bezug auf den Änderungsantrag von DIE LINKE. und erklärt, zwischen der LHM und der UEFA bzw. dem DFB liege ein rechtsverbindlicher Vertrag vor. Nach juristischer Prüfung sei festzustellen, dass ein Wegfall der Geschäftsgrundlage nicht gegeben sei und eine Kündigung rechtlich eher nicht möglich wäre. Der Vertragspartner sei nämlich keine Einzelperson, sondern der Verband. Eine Änderung des geschlossenen Vertrages sei rechtlich momentan nicht erzwingbar. Aus guten Gründen könne auch nicht dazu geraten werden, noch einmal Verhandlungen mit der UEFA aufzunehmen, da die Zeitschiene für die Umsetzung bereits jetzt sehr knapp sei. Bei einem Aussetzen des Vertrages und der Bildung eines Moratoriums könnten bestimmte Aufgaben nicht mehr bis 2020 zu Ende geführt werden. Nach den bisherigen Erfahrungen mit der UEFA sei nicht davon auszugehen, dass sie einem Moratorium zustimmen würde.

Zum Ergänzungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen führt Frau Moisl-Faas aus, derzeit gebe es für ökologische Großveranstaltungen noch keine städtische Leitlinie. An der kommunalen Leitlinie werde gearbeitet. Der Host City Vertrag sehe bereits Nachhaltigkeitskonzepte vor. Teile davon umfassten das Mobilitätskonzept. Eine Ergänzung um ein Radkonzept sei möglich. Das Sportamt befasse sich bereits mit diesem Ansinnen. Letztlich müssten alle Konzepte den Turnieranforderungen der UEFA entsprechen. Die Juristenstelle werde intern mit einem Kollegen besetzt, der bereits die Vertragsverhandlungen betreut habe.

Der Änderungsantrag Nr. 1815 von DIE LINKE. wird gegen die Stimme von DIE LINKE. **abgelehnt**.

Der Ergänzungsantrag Nr. 1813 von Bündnis 90/Die Grünen wird gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/RL und ALFA **abgelehnt**.

Der Antrag des Referenten wird gegen die Stimme von DIE LINKE. **beschlossen**.

- Ende der Sitzung um 15:30 Uhr -

München, 02. März 2016

Z u r e k
Ehrenamtliche Stadträtin
der Landeshauptstadt München

Protokoll